

Vereinbarung „Kartenversand“

zwischen der Vaterländischen Union (VU), vertreten durch Parteipräsident Adolf Heeb,

und

der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP), vertreten durch Parteipräsident Marcus Vogt.

Beginnend ab 1. November 2009 werden die VU und die FBP ihre Praxis bei Kartenversänden gleichschalten, wie untenstehend aufgeführt:

Geburtstagskarten Senioren:

Beginnend ab dem 65. Lebensjahr erhalten Seniorinnen und Senioren nur noch alle 5 Jahre (65, 70, 75) eine einzige Geburtstagskarte pro Partei, welche gemeinsam von Landespartei und Ortsgruppe unterzeichnet ist.

Es ist den Ortsgruppen unbenommen, den „Geburtstagskindern“ persönlich ein Präsent zu überreichen.

Hochzeitsjubiläen:

Bei Hochzeitsjubiläen erhalten die Jubilare eine einzige Glückwunschkarte pro Partei, welche gemeinsam von Landespartei und Ortsgruppe unterzeichnet ist. Beginnend ab Goldener Hochzeit (50 Jahre).

18jährige:

Zur Volljährigkeit erhalten die Geburtstagskinder nur eine einzige Karte pro Partei, unterzeichnet von der Landespartei und Ortsgruppe wenn gewünscht.

Hochzeit:

Zur Hochzeit erhalten die Brautpaare nur eine einzige Karte pro Partei, unterzeichnet von der Landespartei.

Einbürgerung:

Zur Einbürgerung erhalten die Eingebürgerten nur eine einzige Karte oder Brief pro Partei, unterzeichnet von der Landespartei und der Ortsgruppe wenn gewünscht.

Todesfall:

Bei Todesfällen gibt es keine Regelung.

Keine Karten:

Zur Matura, zu Lehrabschlüssen oder generell Bildungsabschlüssen, zu Beförderungen, Dienst- oder Vereinsjubiläen, für Freiwilligendienste wie Blutspenden etc. werden keine Karten versendet.

Runde Geburtstage unter dem 65. Altersjahr erhalten keine Geburtstagskarte.

Ausserhalb der Regelung:

Regierungsmitglieder und Gemeindevorsteher sind von dieser Regelung selbstverständlich ausgeschlossen.

Geburtstage von Parteimandataren sind ungeachtet deren Alters von dieser Regelung ausgeschlossen.

Die bisherige Praxis an Weihnachtskarten oder -geschenken kann von beiden Parteien aufrecht erhalten werden.

Kontrolle

Grundsätzlich sorgt jede Landespartei dafür, dass diese Vereinbarung auch von den Ortsgruppen eingehalten wird. Vermeintliche Verstösse werden unmittelbar der jeweils anderen Partei aufgezeigt und der „Fall“ wird geklärt.

Diese Vereinbarung wird auf der Internetseite der beiden Parteien veröffentlicht.

Für die
Vaterländische Union


Adolf Heeb, Präsident

Für die
Fortschrittliche Bürgerpartei


Marcus Vogt, Präsident

Vaduz, 26. Oktober 2009